rung und Meinungsstreit zu Scheinproblemen sind ein bewährtes Mittel, um Meinungsäußerung und Meinungsstreit zu den echten Problemen der Gesellschaft nicht aufkommen zu lassen. Sobald jedoch die Bürger die Freiheit der Meinungsäußerung im Sinne echter demokratischer Willensäußerung in Anspruch nehmen, wird die Illusion der freien Meinungsäußerung evident¹.

Bei der Betrachtung des Rechts auf freie Meinungsäußerung muß man also konsequent von der Tatsache ausgehen, daß es nur unter sozialistischen Gesellschaftsbedingungen real ist und durch sie gesichert wird. Nur mit diesem klassenmäßig bestimmten Ausgangspunkt werden Inhalt und Größe dieses Rechts und seine sachliche Unvergleichbarkeit mit ähnlich formulierten Rechten bürgerlicher Verfassungen deutlich.

Die Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Verfassung

Das Recht auf freie Meinungsäußerung als Bestandteil des Grundrechtskatalogs ist eingebettet in das System sozialistischer Verfassungsnormen, die eine wissenschaftliche Widerspiegelung objektiver Gesetzmäßigkeiten sozialistischer Gesellschaftsentwicklung sind. Eine sozialistische Grundrechtsinterpretation hat vom Verfassungssystem auszugehen, um die Grundrechte in ihrer objektiven Bezogenheit erfassen zu können. Jedes einzelne Grundrecht hat eine große Bedeutung, „jedoch erst die ganze Vielfalt und Komplexität der Grundrechte macht sie im umfassenden Sinne des sozialistischen Gesellschaftssystems wirkungsvoll“².

Indem Art. 27 Abs. 1 auf die „Grundsätze der Verfassung“ als Grundlage der freien Meinungsäußerung verweist, eröffnet er den Bürgern der DDR ein weites Feld der aktiven Inanspruchnahme dieses Rechts. Die in der Präambel und im Abschn. I der Verfassung enthaltenen Grundsätze objektivieren das Grundrecht des Art. 27 Abs. 1 und sichern es in seinem Bestand.

Die Freiheit der Meinungsäußerung ist Bestandteil eines historisch determinierten Verhältnisses des Menschen zur objektiven Notwendigkeit in Natur und Gesellschaft. Sie wird vom einheitlichen, unteilbaren marxistisch-leninistischen Freiheitsbegriff erfaßt³. Der historisch bedingte Entwicklungsstand der Gesellschaft ist der Maßstab der freien Betätigung des Individuums. Die Erkenntnis der Notwendigkeit, der Gesetzmäßigkeit aller Entwicklung und ihre bewußte Anwendung als einer Entscheidung mit Sachkenntnis eröffnet dem Bürger erst die Freiheit seiner Meinung⁴.

Die Grundsätze der sozialistischen Verfassung der DDR beruhen auf der marxistisch-leninistischen Erkenntnis der objektiven Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Das heißt unter unseren Bedingungen, daß die Verwirklichung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus nur bei Einbe-

Ziehung aller Werktätigen unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei möglich ist⁵. Die Erkenntnis dieser Gesetzmäßigkeiten und der Bedingungen ihrer Beherrschung ermöglicht es dem Bürger, sich eine die gesellschaftliche Realität progressiv beeinflussende Meinung zu bilden, die ihm eine aktive Mitgestaltung und Mitbestimmung der gesellschaftlichen Verhältnisse sichert. Durch das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, den Angehörigen der Intelligenz und den anderen Schichten des Volkes, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die Planung und Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung nach den fortgeschrittensten Erkenntnissen der Wissenschaft wurden die Voraussetzungen für eine echte Freiheit geschaffen. Sie sind unantastbare Grundlagen unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung und stehen als solche unter dem ausdrücklichen Schutz der Verfassung (Art. 2 Abs. 2). Sie garantieren eine ständige Entwicklung aller Bürger und der Gesellschaft, so daß wissenschaftliche Meinungsbildung und konstruktive, öffentliche Meinungsäußerung niemals konventionellen Schranken gegenüberstehen, sondern den Fortschritt ständig beeinflussen können und müssen. Nur so ist die Herstellung der Interessenübereinstimmung als der wichtigsten Triebkraft der sozialistischen Gesellschaft (Art. 2 Abs. 4) möglich.

Das ökonomische System des Sozialismus verbindet die zentrale staatliche Planung und Leitung der Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung mit der Eigenverantwortung der sozialistischen Warenproduzenten und der örtlichen Staatsorgane (Art. 9 Abs. 3), wodurch eine planmäßige Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur gewährleistet ist. Durch die Prognose der Hauptentwicklungslinien und deren perspektivische Planung werden spontane Prozesse und daraus folgende spontane Entscheidungen, die die Freiheit des Menschen einschränken, ausgeschlossen. „Die Prognose ermöglicht das bewußte Erkennen der neuen Probleme und Aufgaben, die Meisterung der fortgeschrittensten wissenschaftlich-technischen Erfahrungen und die bewußte kulturvolle Gestaltung des Lebens des einzelnen Bürgers, seiner Familie und der Gemeinschaft.“⁶

Mit der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wurde auch die soziale Abhängigkeit als unüberbrückbare bürgerliche Schranke für eine freie Meinungsäußerung überwunden. Die ökonomische Abhängigkeit der Gesellschaftsmehrheit von der den Staat verkörpernden monopolistischen Minderheit macht das bürgerliche Grundrecht der Meinungsfreiheit zu einer Farce, zu einem demagogischen „Spektakel, zu einer Verschleierung der Diktatur des Kapitals. „Weder das System der Manipulierung der Menschen durch die kapitalistischen Meinungsfabriken in Westdeutschland noch die Diktatur der großen Monopole, weder das System der Notstandsdictatur noch das neue Finanzsystem, welches die Diktatur des Finanzkapitals verstärken soll, geben eine ausreichende Substanz demokratischen Denkens ab.“⁷

Die Mitwirkung der Bürger an der planmäßigen Gestaltung der Gesellschaft ist nur durch eine ständig steigende, den gesellschaftlichen Erfordernissen adäquat hohe Bildung möglich. „Je freier also das Urteil eines Menschen in Beziehung auf einen bestimmten Fragepunkt ist, mit desto größerer Notwendigkeit

1 Näheres hierzu in den Erläuterungen zu Art. 27 im Kommentar zur Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1969, Bd. 2, S. 105 f., auf die sich der vorliegende Beitrag auch noch an anderen Stellen stützt.

2 W. Ulbricht, Die Verfassung des sozialistischen Staates deutscher Nation, Bericht in der 7. Tagung der Volkskammer der DDR, Schriftenreihe: Aus der Tätigkeit der Volkskammer und ihrer Ausschüsse, Heft 5 (5. Wahlperiode), Berlin 1968, S. 26.

3 Vgl. Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1965, S. 198.

4 Lenin verweist in seiner schöpferischen Analyse der Freiheitsdefinition von Engels (Anti-Dühring, Berlin 1960, S. 138 f.) auf den Zusammenhang zwischen Bewußtsein und Erkenntnis der Notwendigkeit: „Die Entwicklung des Bewußtseins bei jedem einzelnen menschlichen Individuum und die Entwicklung der kollektiven Kenntnisse der gesamten Menschheit zeigen uns auf Schritt und Tritt die Verwandlung des nicht erkannten Dings an sich“ in ein erkanntes Ding für uns“, die Verwandlung der blinden, nicht erkannten Notwendigkeit, der Notwendigkeit an sich, in eine erkannte Notwendigkeit für uns“ (Lenin, Materialismus und Empirio-kritizismus, Berlin 1952, S. 179. — Hervorhebungen von uns — D. Verf.)

5 vgl. W. Ulbricht („Die Rolle des sozialistischen Staates bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“, NJ 1968 S. 642): „Die Einsicht in ihre geschichtliche Mission bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus gewinnt die Arbeiterklasse vor allem durch ihren fortgeschrittensten Teil, ihren bewußten Vortrupp: die marxistisch-leninistische Partei.“

6 W. Ulbricht, Die Verfassung . . . , a. a. O., S. 26.

7 W. Ulbricht, Die Verfassung . . . , a. a. O., S. 15.